

<b>Vorlage</b>		<b>Vorlage-Nr:</b> FB 11/0085/WP18
Federführende Dienststelle: FB 11 - Fachbereich Personal, Organisation, E-Government und Informationstechnologie Beteiligte Dienststelle/n:		Status: öffentlich
		Datum: 03.05.2022
		Verfasser/in: Frau Bläsius
<b>Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 24.03.2022 (öffentlicher Teil)</b>		
<b>Ziele:</b> Klimarelevanz keine		
<b>Beratungsfolge:</b>		
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit</b>
	Personal- und Verwaltungsausschuss	Entscheidung

**Beschlussvorschlag:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 24.03.2022 (öffentlicher Teil).

**Anlage/n:**

Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 24.03.2022 (öffentlicher Teil)

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses**

31. März 2022

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 24.03.2022
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:30 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Brüsselsaal, EUROGRESS Aachen, Monheimsallee 48, 52062 Aachen

---

Anwesende:

Ratsfrau Annika Fohn

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsherr Birdal Dolan

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsherr Achim Ferrari

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Herr Frank Hansen

Vertretung für: Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsherr Holger Kiemes

Vertretung für: Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer

Ratsherr Wolfgang Palm

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

Vertretung für: Ratsherr Lars Lübben

Frau Relindis Becker

Frau Rita Dautzenberg

Herr Ludger Eickholt

Frau Jana Keller

Herr Jan Langbehn

Frau Ute Nußbaum

Abwesende:

Ratsherr Lars Lübben	entschuldigt
Ratsfrau Sigrid Moselage	entschuldigt
Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer	entschuldigt

als Teilnehmende der Verwaltung:

Herr Stephan Baurmann	GPR
Frau Gabi Bongard	FB 11
Frau Jennifer Buchem	Dez. V
Herr Norbert Dödtmann	FB 11
Frau Andra Clemens	FB 11
Herr Berthold Hammers	FB 11
Herr Michael Klee	Dez. I
Herr Peter Klingel	FB 13
Herr Dr. Markus Kremer	Dez. V
Frau Eva Meyer	FB 11 / Auszubildende
Herr Karlheinz Welters	GPR

als Gast:

Frau Claudia Plum	CDU
-------------------	-----

als Schriftführerin:

Frau Kerstin Bläsius

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung**
  
- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 03.02.2022 (öffentlicher Teil)**  
**Vorlage: FB 11/0073/WP18**
  
- 3 **Digitale Ausstattung der Sitzungsräume der Fraktionen**  
**Gemeinsamer Tagesordnungsantrag der Fraktionen GRÜNE / CDU vom 13.01.2022**
  
- 4 **5 Jahre Serviceportal - Rückblick und Ausblick**  
**Vorlage: FB 11/0070/WP18**
  
- 5 **Open Data Portal**  
**Vorlage: FB 11/0072/WP18**
  
- 6 **Personelle Auswirkungen auf die Stadtverwaltung im Zusammenhang mit der Aufnahme von geflüchteten Menschen**
  
- 7 **Mitteilungen der Verwaltung**

## **Protokoll:**

Öffentlicher Teil

### **zu 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung**

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) eröffnet um 17:00 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses und begrüßt die Anwesenden. Es werden keine Anträge auf Änderung bzw. Erweiterung der Tagesordnung gestellt. Die Ausschussmitglieder beschließen die bestehende Tagesordnung einstimmig.

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 03.02.2022 (öffentlicher Teil)**

**Vorlage: FB 11/0073/WP18**

Einlassungen ergeben sich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt bei 5 Enthaltungen aufgrund von Nichtanwesenheit.

### **Beschluss:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses vom 03.02.2022 (öffentlicher Teil).

### **zu 3 Digitale Ausstattung der Sitzungsräume der Fraktionen**

**Gemeinsamer Tagesordnungsantrag der Fraktionen GRÜNE / CDU vom 13.01.2022**

Herr Klee (Dez. I) berichtet über den aktuellen Umsetzungsstand bezüglich der Bestandsaufnahme der Gremienräume. Das Bestreben zur schnellstmöglichen Umsetzung der in den Räumlichkeiten festgestellten Handlungsbedarfe sei sehr hoch. Trotz intensiver Betreuung durch die Mitarbeitenden des Teams „IT - Infrastruktur und Telekommunikation“ des Fachbereichs Personal, Organisation, E-Government und Informationstechnologie (FB 11) und des Dezernats Personal, Feuerwehr und Sport (Dez. V) hemmten fehlende personelle Ressourcen im Fachbereich Bürger\*innendialog und Verwaltungsleitung (FB 01) aktuell eine zügigere Umsetzung.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) bedankt sich bei Herrn Klee für den Sachstandsbericht. Sie erkundigt sich, welche Kriterien beim Handlungsbedarf zu einem „Ja“ bzw. entsprechend zu einem „Nein“ führten.

Herr Klee (Dez. I) erläutert, dass unter anderem das Fehlen von Präsentationstechnik, kein Rats-WLAN und langsame Systembetriebsbereitschaft zu einem roten Feld „Ja“ mit Verweis auf einen entsprechenden Handlungsbedarf führten.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) bedankt sich ebenfalls bei Herrn Klee für die Übersicht. Bezugnehmend auf das Bezirksamtsgebäude Heinrich-Thomas-Platz in Eilendorf stelle sich ihr die Frage, welche Kriterien zu einem hellblauen Feld mit nur einem „eventuellen“ Handlungsbedarf führten. Der aktuelle Medientechnikbestand im Bezirksamt sei bisher aus eigenen Haushaltsmitteln finanziert worden und trotzdem immer noch sehr unbefriedigend. Weshalb würde bei Vorliegen der Voraussetzungen keine zügige Umsetzung erfolgen? Zudem bitte sie um exakte Erläuterung des Wortes „nein“, des gelb hinterlegten Feldes „klären“ in diesem Kontext und um die Mitteilung, welche Räume unverzüglich ausgestattet würden.

Herr Klee (Dez. I) führt aus, dass die Räumlichkeiten mit Handlungsbedarf „ja“ in erster Priorität angegangen würden. Bei Unklarheit bestimmter Parameter erfolge der Eintrag „ungeklärt“ beim Handlungsbedarf und der Eintrag „eventuell“ impliziere, dass durchaus wichtige Parameter im Rahmen der Medientechnik (beispielsweise WLAN-Zugang) vorlägen, jedoch andere Kriterien nicht dem angestrebten Standard entsprächen. Grundsätzlich seien die Voraussetzungen der Räumlichkeiten sehr unterschiedlich, deshalb gestalte es sich auch schwierig, alles in einem Guss umzusetzen. Jede Räumlichkeit müsse einer separaten Bestandsaufnahme unterzogen werden. Herausforderungen brächten auch die Einhaltung baurechtlicher und datenschutzrechtlicher Aspekte mit sich.

Ratsherr Kiemes (CDU) bedankt sich ebenfalls bei Herrn Klee für seinen Bericht zur Bestandsaufnahme der Gremienräume. Vor dem Hintergrund, dass bereits viele Räumlichkeiten über eine gleiche technische Ausstattung verfügten, bitte er um eine detaillierte Aufgliederung des durch die Verwaltung angestrebten Zielzustandes. Gegebenenfalls könne er sich auch eine Weitergabe dieses Auftrages -beispielsweise an die regio iT- vorstellen.

Herr Klee (Dez. I) unterstreicht, dass die Verwaltung den höchsten Standard zur möglichen Umsetzung hybrider Formate anstrebe. Eine Inanspruchnahme externer Ansprechpartner\*innen könne natürlich bei Bedarf in Betracht gezogen werden.

Herr Eickholt (GRÜNE) erkundigt sich, von wem nach erfolgter Ausstattung einer Räumlichkeit die Qualitätskontrolle durchgeführt werde und welche inhaltlichen Maßstäbe bei einer Abnahme festgelegt worden seien. Er weise an dieser Stelle auf die weiterhin -nach dem Austausch der Mikrophone- bestehende schlechte Tonqualität im Ratssaal hin.

Herr Klee (Dez. I) berichtet, dass die Abnahme durch den Fachbereich Personal, Organisation, E-Government und Informationstechnologie (FB 11) erfolge. Über den medientechnischen Ausstattungsstand des Ratssaales könne er aktuell keine Aussage tätigen, er nehme diese Einlassung jedoch selbstverständlich mit auf.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) bittet die Verwaltung um Ausarbeitung eines standardisierten Prozesses zur Ausstattung aller politisch genutzten Räumlichkeiten.

Ratsfrau Parting (SPD) betont, dass auch sie keine klare Zielsetzung des Ausstattungsstandards erkennen könne. Wie sähen die Zielvorgaben der Fraktionssitzungsräume bezugnehmend auf die Durchführung hybrider Sitzungen aus? An dieser Stelle weise sie auch darauf hin, dass bereits im letzten Haushaltsjahr Mittel zur Ausstattung der Gremienräume in Höhe von 70.000 € zur Verfügung gestanden hätten, welche entsprechend übertragen worden seien. Darüber hinaus stelle sich ihr die Frage, wie eine zeitnahe Umsetzung durch die Verwaltung ohne eigene Mitarbeitende erfolgen könne. Auch verfügten ihres Wissens die Büros und internen Sitzungsräume der städtischen Mitarbeitenden aktuell über kein WLAN.

Herr Klee (Dez. I) merkt an, dass für den gesamten Katschhof WLAN zur Verfügung stehe. Selbstverständlich denke die Verwaltung über Outsourcing nach. Jedoch stehe man hier -wie bereits vorab erwähnt- vor dem Problem der Erstellung des notwendigen Leistungsverzeichnisses aufgrund fehlender personeller Ressourcen mit entsprechenden Kenntnissen in der Medientechnik.

Frau Nußbaum (CDU) hinterfragt, weshalb die Raumgröße der Räumlichkeiten des Fachbereiches Feuerwehr und Rettungsdienst (FB 37) nicht bekannt sei. Erfolgte für diese Kenngröße keine Abfrage oder sei diese vom Fachbereich nicht geliefert worden? Zudem bitte sie um Mitteilung, welches Zeitfenster zur Ausstattung des Stabsraumes vorgesehen werde.

Herr Klee (Dez. I) legt dar, dass es sich beim Stabsraum um einen besonderen Raum handele. Dieser sei bewusst herausgenommen worden und werde in einem separaten Prozess betrachtet.

Ratsherr Dolan (GRÜNE) kritisiert ebenfalls die fehlende Nachvollziehbarkeit im Rahmen des Handlungsbedarfs. Er halte das verwaltungsseitige Bestreben zur Erreichung des höchsten Standards nicht für zielführend und schlage daher zur Verbesserung der Nachvollziehbarkeit -entgegen der städtischen Maxime- vor, zunächst einen Mindeststandard für die technischen Aspekte festzulegen.

Herr Klee (Dez. I) schildert, dass die Technik heutzutage sehr schnelllebig sei. Aus diesem Grund sollte die Verwaltung doch einen höheren Standard und nicht nur einen Mindeststandard anstreben. Es bestehe ansonsten die Gefahr, dass bereits mit der Fertigstellung eine Veralterung der Medientechnik vorliegen könne.

Ratsherr Dolan (GRÜNE) führt zu seiner vorherigen Einlassung erläuternd aus, dass selbstverständlich nicht der Ausstattungsmindeststandard angestrebt werden solle, sondern zur Erleichterung einer zeitnahen Umsetzung in einem ersten Schritt alle Räumlichkeiten wenigstens mit diesem technischen Mindeststandard bestückt werden müssten.

Ratsherr Kiemes (CDU) bringt vor, dass die Politik infolge der pandemischen Lage nunmehr bereits seit über 2 Jahren gezwungen sei, digital zu arbeiten und es daher an dieser Stelle um den von der Politik gewünschten Minimalstandard gehe. Zudem könne er die Einlassung von Herrn Eickholt zur schlechten Tonqualität nach dem Einbau neuer Mikrophone bestätigen. Daher sei auch für ihn die Verneinung eines Handlungsbedarfs im Ratssaal nicht nachvollziehbar.

Herr Klee (Dez. I) bestätigt, dass die Tontechnik im Ratssaal ausgetauscht werden müsse. Die vorliegende Liste erfasse jedoch nur einen Handlungsbedarf in Bezug auf die digitale Ausstattung der Räumlichkeiten. Auch betone er noch einmal, dass dem Fachbereich Bürger\*innendialog und Verwaltungsleitung (FB 01) aufgrund der fehlenden personellen Ressourcen eine Ausgabe der zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 70.000 € nicht möglich gewesen sei.

Ratsherr Ferrari (GRÜNE) erläutert, dass auch er ein Problem in der nicht klar vorgegebenen Zielsetzung sehe. Im Besonderen bemängelt er, dass die vorliegende Liste nur auf die technische Ausstattung der Räumlichkeiten eingehe. Aus diesem Grund fehle natürlich auch eine qualitative Zielsetzung, welche er in diesem Kontext für wichtig halte. Finde eine Qualitätskontrolle der Nutzbarkeit der Räumlichkeit im Wege der Abnahme statt? Die Politik erwarte von der Verwaltung, dass diese ihnen nutzbare Räumlichkeiten zur Verfügung stelle.

Herr Klee (Dez. I) stellt dar, dass die Grundfunktionalitäten einer Räumlichkeit doch hinlänglich bekannt und auch gegeben seien. Die schlechte Akustik des Ratssaales werde selbstverständlich in die Liste aufgenommen.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) resümiert, dass für die Ausschussmitglieder aufgrund des Fehlens einer entsprechenden Vorlage eine thematische Vorbereitung nicht möglich gewesen sei und sich daher die geführte Debatte im Kreis drehe. Sie schlägt daher vor, dass die Verwaltung eine Vorlage mit der Darlegung der Zielsetzung und einem Zeitraaster erarbeite.

Herr Klee (Dez. I) äußert, dass er umgehend eine Verschriftlichung anfertigen werde.

Frau Becker (GRÜNE) zeigt auf, dass das Themenfeld rund um „hybride Sitzungen“ der Motor des Ratsantrages „Moderne digitale Kommunikationsformen in Sitzungssälen und Konferenzräumen ermöglichen“ ihrer Fraktion gewesen sei. Sie könne sich vorstellen, dass die Verwaltung nicht alle Räumlichkeiten gleichzeitig für moderne digitale Kommunikationsformen ausstatte, sondern in einem ersten Schritt beispielsweise 5 Räumlichkeiten auswähle und zeitnah ausstatte.

Ratsfrau Parting (SPD) nimmt noch einmal Bezug auf die zur Verfügung stehenden Mittel in diesem Haushaltsjahr und verdeutlicht, dass insgesamt 470.000 € für die Ausstattung der Gremienräume und die elektronische und digitale Ratsarbeit bereitgestellt worden seien.

Herr Dr. Kremer (Dez. V) bittet die Ausschussmitglieder um Beendigung der seines Erachtens zunehmend detailliert geführten Debatte. Standards müssten abhängig von der Nutzung festgelegt werden. Auch im Hinblick auf entsprechende Entwicklungen in der Gemeindeordnung NRW müssten die technischen Voraussetzungen zur Durchführung virtueller Sitzungen mit der Möglichkeit gegebenenfalls Teilnehmende zuzuschalten, geschaffen werden. Der Fachbereich Bürger\*innendialog und Verwaltungsleitung (FB 01) werde die angestrebten Standards mit den Fraktionsgeschäftsführungen gemeinsam erörtern.

Abschließend betont Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn noch einmal, dass auch im Besonderen die pandemische Lage gezeigt habe, dass eine Ausstattung der entsprechenden Räumlichkeiten mit moderner digitaler Medientechnik unerlässlich sei.

Die Übersicht der Bestandsaufnahme der Gremienräume wird der Niederschrift beigelegt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

**Beschluss:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**zu 4 5 Jahre Serviceportal - Rückblick und Ausblick**

**Vorlage: FB 11/0070/WP18**

Herr Dödtmann (FB 11/400), Frau Clemens (FB 11/430) und Herr Klingel (FB 13) geben -wie bereits in der Vorlage angekündigt- nacheinander in einer anschaulichen Präsentation einen kurzen Überblick, welche Leistungen die Stadt Aachen in den letzten fünf Jahren bei der Bereitstellung von Onlineservices für die Bürger\*innen zur Verfügung gestellt habe. Darüber hinaus werden die aktuellen Sachstände und die weitere Vorgehensweise innerhalb der Projekte „Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes“ und „Relaunch aachen.de“ ausführlicher erläutert.

Im Anschluss an die Präsentation spricht die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) den Vortragenden ihren herzlichen Dank aus.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) bedankt sich bei den Vortragenden. Sie erkundigt sich, ob mit dem Relaunch auch quasi eine „Entrümpelung“ veralteter Dokumente und Webseiten einhergehe und in welchem Umfang die Beteiligung anderer städtischer Bereiche in diesem Projekt angedacht sei.

Herr Klingel (FB 13) erläutert, dass im Rahmen des Relaunchs selbstverständlich alle Daten vor der Migration auf ihre Aktualität überprüft würden. Eine detaillierte Beteiligung sei nicht eingeplant, zur Findung größtmöglicher Kompromisse seien jedoch entsprechend zielführende Workshops mit den Fachbereichen angedacht.

Ratsherr Ferrari (GRÜNE) erkundigt sich ergänzend, inwieweit bei der großen Anzahl von Webseiten, Fotos und PDF-Dokumenten zur Verbesserung eines reibungsloseren Ablaufs vor der Übertragung städtischerseits Vorarbeiten durchgeführt werden könnten.

Herr Klingel (FB 13) bestätigt, dass der Arbeitsaufwand zur Umsetzung des Projekts generell ein enormes Ausmaß habe. Vorarbeiten könnten selbstverständlich durchgeführt werden; diesbezüglich werde jedoch viel Personal benötigt.

Ratsherr Kiemes (CDU) unterstreicht, dass die Stadt Aachen sich mit dem Erreichten sowohl im interkommunalen Vergleich als auch bei der Bürgerschaft sehen lassen könne. An dieser Stelle spreche er der Verwaltung einen großen Dank aus, da sie sehr gute und strukturierte Arbeit leiste. Auch Problemstellungen würden erkannt und entsprechend aufgegriffen. Er freue sich auf die weitere Entwicklung und Umsetzung des Serviceportals.

Ratsfrau Parting (SPD) spricht der Verwaltung ein großes Lob aus. Dieses Themenfeld werde vom Personal- und Verwaltungsausschuss schon lange begleitet. Im Besonderen gehe auch an die beteiligten Mitarbeitenden ein herzlicher Dank.

Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

#### **Beschluss:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **zu 5 Open Data Portal**

##### **Vorlage: FB 11/0072/WP18**

Frau Bongard (FB 11/430) skizziert in einer anschaulichen Präsentation den Werdegang des Projektes „Open Data Portal“.

Im Anschluss an die Präsentation spricht Herr Eickholt (GRÜNE) der Vortragenden seinen Dank aus. Den Anspruch an das städtische Open Data Portal sehe er jedoch nicht erfüllt. Nach 8 Jahren des Bestehens dieser Plattform sei der aktuelle Datenbestand zu gering; es müsse daher weiterhin massiv geworben werden. Der Relaunch des Portals sei eine gute Idee gewesen. Grundsätzlich stelle die Qualität der Daten ein Problem dar. Das Portal sei an vielen Stellen statisch und nicht aktualisiert. In diesem Kontext weise er auf die Anzahl der Follower im Portal hin, welche nach wie vor auf 0 stehe. Letztendlich bitte er die Verwaltung, das Open Data Portal noch einmal einer genaueren Überprüfung zu unterziehen.

Frau Bongard (FB 11/430) betont, dass die Einstellung „Follower auf 0“ sich in diesem Fall auf den jeweiligen einzelnen Datensatz beziehe und die Einlassung von Herrn Eickholt nachvollziehbar und entsprechend berechtigt sei. Sie werde diesen Umstand noch einmal dahingehend überprüfen lassen, inwieweit eine Ausblendung an dieser Stelle möglich sei.

Dass bei den Informationen im Portal, beispielsweise zu "Baustellen der Stadt Aachen", welche täglich aktualisiert würden, bei "zuletzt aktualisiert" jedoch ein altes Datum angezeigt werde, liege an der eingesetzten Open Source Lösung, welche eine Änderung des Datums entsprechend nur bei Änderung der Metadaten vornehme. Bei automatisierten Datensätzen, zu welchen auch die „Baustellen der Stadt Aachen“ gehörten, finde keine Änderung der Metadaten statt und damit erkenne die Software die

Aktualisierung nicht. Auch diesen Umstand werde sie noch einmal gezielt an den Dienstleister weitergeben.

Generell gestalte sich ein Paradigmenwechsel in der Verwaltung in diesem Themenfeld schwieriger. Es sei immer noch problembehaftet, auf allen Bereichsebenen Verständnis für „offene Daten“ zu erhalten. Und selbst wenn Bereiche dem Thema offen gegenüberstünden, scheitere es häufig an fehlenden personellen Ressourcen, sich neben dem Tagesgeschäft mit Open Data zu beschäftigen.

Ratsherr Kiemes (CDU) erläutert, dass er den Austausch von Daten befürworte und es daher wichtig sei, dass auch die Stadt Aachen entsprechend Daten über das Open Data Portal zur Verfügung stelle. In diesem Rahmen halte er auch das Zugehen auf die Community für einen guten Ansatz; hier müsse der Kontakt gehalten werden. Auch zeige er Verständnis dafür, dass der Umfang der Datenmenge noch nicht so groß sei. Er frage sich abschließend, inwieweit bei der Auswahl neuer Software auch der Punkt „Open Data“ eine Berücksichtigung finde.

Frau Bongard (FB 11/430) bestätigt, dass der Punkt „Open Data“ bei der Auswahl neuer Software berücksichtigt werde.

Ratsherr Dolan (GRÜNE) bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Das Themenfeld sei spannend und man spüre, dass viele kreative Menschen in diesem Bereich am Werk seien. Er stelle sich die Fragen, wem die Daten gehörten und ob sie geschützt werden müssten.

Frau Bongard (FB 11/430) führt aus, dass es sich bei den Daten zum überwiegenden Teil um städtische Daten handele. Der Datenschutz habe selbstverständlich einen hohen Stellenwert. Generell handele es sich jedoch bei der Beachtung und Einhaltung der jeweiligen Lizenzbestimmungen um ein schwieriges Feld.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) kritisiert, dass es an einer politischen Zielsetzung fehle.

Herr Dr. Kremer (Dez. V) führt aus, dass die Umsetzung der Arbeitskomplexe auch eine Frage der zur Verfügung stehenden Kapazitäten sei. In der Abteilung „Informations- und Kommunikationsmanagement“ seien aktuell 12 von 30 Stellen unbesetzt; auch hier fehle das entsprechende Fachpersonal. Das Themenfeld „Open Data“ liege der Verwaltung sehr am Herzen. Dies spiegele sich auch in der Tatsache wider, dass dieses Projekt im Rahmen der Förderkulisse „Digitale Modellregion“ eines der ersten beantragten und bewilligten Projekte gewesen sei. Die Stadt Aachen müsse sich im interkommunalen Vergleich nicht verstecken. Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie müssten politischerseits gewünschte Schwerpunkte gesetzt und Strategieprozesse am Ende über einen entsprechenden Ratsbeschluss definiert werden.

Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Der Personal- und Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig.

## **Beschluss:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt die Präsentation der Verwaltung zur Kenntnis.

### **zu 6 Personelle Auswirkungen auf die Stadtverwaltung im Zusammenhang mit der Aufnahme von geflüchteten Menschen**

Herr Dr. Kremer (Dez. V) spricht den Kolleginnen und Kollegen, welche die personellen Auswirkungen des Flüchtlingsgeschehens auf die Stadt Aachen für die heutige Sitzung mit Stand vom 21.03.2022 aufbereitet hätten, seinen Dank aus.

Aktuell bezögen insgesamt 1994 Personen (1043 Fälle) -von denen  $\frac{1}{3}$  der Personen unter 18 Jahren seien- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Es ergebe sich ein zusätzlicher Stellenbedarf von 12 Sachbearbeitungsstellen im Rahmen der Leistungssachbearbeitung und 1 Teamleitungsfunktion. In vorhandenen städtischen Unterkünften seien bereits fast 1000 Personen untergebracht, sodass hier bereits eine Auslastung der Kapazitäten erreicht sei. Die Verwaltung richte jedoch weitere Unterbringungsmöglichkeiten her. Ende dieser Woche würden 7 und in der nächsten Woche 2 weitere Turnhallen belegt sein. Perspektivisch sollten 11 Turnhallen hergerichtet werden. Zudem werde gerade der Aufbau einer „Zeltstadt“ -für zunächst 100 Plätze und einer Erweiterungsmöglichkeit bis zu 500 Plätzen- vorbereitet. Zudem bestehe perspektivisch ein zusätzlicher Bedarf an 28 Stellen im sozialarbeiterischen Bereich und ein Bedarf an 30 Stellen im Rahmen der hausmeisterlichen Betreuung der Objekte, falls sich eine entsprechende weitere Entwicklung ergebe.

Die finanziellen Auswirkungen der Personalkosten beliefen sich für das Haushaltsjahr 2022 auf ca. 1,8 Mio. Euro und perspektivisch für das Haushaltsjahr 2023 auf ca. 4,7 Mio. Euro. Der Verwaltungsvorstand habe in seiner Sitzung am 22.03.2022 die Vorlage zur unterjährigen Veränderung des Stellenplanes 2022 durch Einrichtung der vorgenannten zusätzlichen Stellen im Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration (FB 56) einstimmig beschlossen. Die Verwaltung beabsichtige nunmehr, eine entsprechende Vorlage -selbstverständlich unter vorheriger Beteiligung der Personalvertretung- einer Beratung in der Sitzung des Rates der Stadt Aachen am 30.03.2022 zuzuführen. Aufgrund der Dringlichkeit werde vorbehaltlich der Zustimmung des Rates in einem ersten Schritt die Hälfte der Stellen ausgeschrieben. Die bedarfsabhängige Besetzung dieser Stellen könne jedoch zu einer großen Herausforderung werden, da natürlich auch andere diese Bedarfe hätten.

In den nächsten Tagen würden dem Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration (FB 56) ad hoc 45 Personen zur Unterstützung zur Verfügung gestellt werden; ab Montag seien dann bereits ca. 35 bis 40 Personen im Einsatz. Im Rahmen der Sozialhilfesachbearbeitung bestehe das Problem, dass in diesem Bereich schon vorher 5 Stellen unbesetzt gewesen seien. Der Sachmitteleinsatz -beispielsweise für Hausratpakete, Betten, Matratzen, Anmietung von Containern, Asyl-Leistungen usw.- belaufe sich bisher auf knapp 2 Mio. Euro.

Neben dem Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration (FB 56) stelle das Flüchtlingsgeschehen auch für andere Bereiche, an welche man nicht sofort denke, eine große Herausforderung dar. Hier seien Bereiche wie z.B. die Organisation, der Personaleinsatz und das IT-Management des Fachbereichs

Personal, Organisation, E-Government und Informationstechnologie (FB 11) zu nennen. Auch das städtische Gebäudemanagement (E 26), die Fachbereiche Bürger\*innendialog und Verwaltungsleitung (FB 01), Feuerwehr und Rettungsdienst (FB 37), Kinder, Jugend und Schule (FB 45) sowie Sport (FB 52) und andere leisteten eine fachbereichsübergreifende Unterstützung im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgabenschwerpunkte.

Ratsfrau Eschweiler (CDU) spricht den städtischen Mitarbeitenden ihren Dank aus. Es sei wichtig, die bestehenden Mitarbeitenden vor Überlastung zu schützen. Zudem erkundigt sie sich nach Refinanzierungsmöglichkeiten. Darüber hinaus bitte sie -mit Blick auf die Einbringung der Vorlage in die Sitzung des Rates der Stadt Aachen am 30.03.2022- darum, dass die Vorlage der Politik bereits vor dem 29.03.2022 zur Verfügung gestellt werde.

Herr Dr. Kremer (Dez V) führt aus, dass die Verwaltung von einer auskömmlichen Refinanzierung über Bundes- und Landesmittel ausgehe. Die Vorlage könne den Fraktionsgeschäftsführungen im Benehmen mit der Personalvertretung bereits morgen zur Verfügung gestellt werden. Dies wolle er mit dem Personalrat abstimmen.

Ratsfrau Griepentrog (GRÜNE) merkt an, dass die Verwaltung auch bezugnehmend auf die Pandemie von einer Krise in die nächste Krise gerate. Die verwaltungsseitig wahrgenommenen Aufgaben müssten transparent einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Welche Aufgaben könnten aufgrund der aktuellen Situation gerade vernachlässigt bzw. liegengelassen werden?

Frau Becker (GRÜNE) bedankt sich ebenfalls bei den städtischen Mitarbeitenden für den reibungslosen Verwaltungsablauf in diesen Krisenzeiten. Zur Sicherstellung der sozialarbeiterischen Betreuung stelle sie der Verwaltung die Überlegung anheim, inwieweit nicht auch Flüchtende, wenn von ihnen selber gewünscht, entsprechende Tätigkeiten übernehmen könnten.

Ratsfrau Begolli (LINKE) betont, dass die Verwaltung in den zurückliegenden Krisenzeiten an Erfahrung gewonnen habe. Sie unterstütze Überlegungen zur Entlastung der Mitarbeitenden. Daher sollten sich auch die politischen Fraktionen selber hinterfragen und entsprechend -beispielsweise mit einer reduzierten Einbringung von Ratsanträgen und -anfragen- in Zurückhaltung üben.

#### **Beschluss:**

Der Personal- und Verwaltungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **zu 7 Mitteilungen der Verwaltung**

Mitteilungen der Verwaltung für den öffentlichen Teil der Sitzung liegen nicht vor.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Fohn (CDU) schließt die Sitzung um 19:30 Uhr.

Annika Fohn  
Ausschussvorsitzende

Kerstin Bläsius  
Schriftführerin

gesehen:

Sibylle Keupen  
Oberbürgermeisterin